

Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im BKA

***Kommunales Monitoring:
Hass, Hetze und Gewalt gegenüber
Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo)
Beobachtungen und Befunde zur Ersterhebung***

Kirsten Eberspach, Sarah Bitschnau, Uwe Kemmesies

Phänomenmonitoring

Zusammenfassung

Die Untersuchungen in diesem Teilprojekt des MOTRA-Forschungsverbundes verfolgen das Ziel, subjektive Erlebnisse und Erfahrungen mit Hass, Hetze und/oder Gewalt von (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen im Rahmen ihrer haupt- und ehrenamtlichen Amtsausübung kontinuierlich bundesweit zu erfassen. Dadurch soll sowohl zu einer evidenzbasierten Präventionsarbeit in den Kommunen beigetragen als auch eine Plattform für Amtsträger*innen geboten werden, sich mitzuteilen und persönliche Erfahrungen mit ihren Kolleg*innen und Präventionsexpert*innen zu teilen. Nachfolgend werden die zentralen Ergebnisse aus der Ersterhebung „Herbstbefragung 2021“ vorgestellt.

Im Rahmen einer teilstandardisierten Onlinebefragung berichteten Bürgermeister*innen und Landrät*innen in Deutschland von ihren Erfahrungen mit Anfeindungen und Übergriffen im Amtsalldag. Wie die Ergebnisse zeigen, gab nahezu jede zweite befragte Person an, innerhalb des sechsmonatigen Zeitraums von Mai bis Oktober 2021 analog und/oder digital Anfeindungen gegen ihre eigene Person und/oder Familienangehörige erlebt zu haben. Das Ausmaß und die Art und Weise des Anfeindungsgeschehens hat offenbar eine neue Qualität und so noch nicht erfahrene Intensität erreicht, die die Amtsträger*innen mehr denn je zu fordern scheint und Folgen für die psychische und physische Gesundheit der Anfeindungsoffer sowie die Attraktivität dieser wichtigen haupt- und ehrenamtlichen Tätigkeit mit sich bringt. Darunter leidet auch das demokratische Gemeinwesen in den Kommunen, sodass dieses demokratiefördernde Potenzial identifiziert und im weiteren Zeitverlauf zu beobachten ist.

Stichworte

Kommunalpolitik | Diskussionsklima | Anfeindungen |
Übergriffe | Hass | Hetze |



Hintergrund und Forschungsstand

Amts- und Mandatspersonen gestalten als kommunale Repräsentant*innen das konkrete Leben vor Ort und bilden somit in einer intakten Demokratie ein zentrales, direktes Scharnier zwischen Staat und Bürger*innen. In dieser Position stellen Amts- und Mandatsträger*innen eine Personengruppe dar, die einem besonderen Risiko ausgesetzt ist, Opfer von Hass, Hetze und Gewalt zu werden. Sie sind unmittelbare Projektionsfläche von politischer Kritik und Unmut in der Bevölkerung, und zwar in der Regel unabhängig davon, ob es sich um kommunal-, landes-, bundes- oder gar weltpolitische Angelegenheiten handelt. Dieser Umstand spiegelt sich sowohl in den seit Jahren deutlich ansteigenden polizeilich registrierten Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende im Kontext der politisch motivierten Kriminalität wider als auch in einigen bundes- und landesweit durchgeführten Studien zu Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatspersonen. Über die zurückliegenden zwei Jahre der Coronapandemie verdreifachte sich das Fallzahlenaufkommen bei Straftaten gegen Amts- und Mandatstragende (2019: 1.894 – 2021: 6.191; vgl. BMI 2021, 12 f. und BMI 2022, 16 f.): In 2021 kam es damit im Durchschnitt täglich zu 17 entsprechenden Straftaten. Eine jüngst abgeschlossene repräsentative Studie auf Bundesebene von forsa im Auftrag der Körber-Stiftung stellt fest, dass 57 % der insgesamt 1.641 befragten Bürgermeister*innen persönlich oder Personen aus ihrem privaten Umfeld aufgrund ihrer Tätigkeit schon einmal beleidigt, bedroht oder tötlich angegriffen worden sind (forsa 2021, 2 ff.). Und eine ebenfalls im April 2021 bundesweit durchgeführte Befragung des Magazins KOMMUNAL im Auftrag des ARD-Politmagazins „report München“ weist einen Anteil von 72 % der insgesamt 1.611 befragten Bürgermeister*innen aus, die schon einmal Anfeindungen erlebt haben. Dies entspricht einem Anstieg von 8 % im Vergleich zu einer ähnlichen Umfrage im Vorjahr (Erhardt 2021). Ähnliches gilt für Landrätinnen und Landräte. Auch Studien auf Landesebene kommen zu ähnlichen Ergebnissen. So wurde beispielsweise in Brandenburg für den Zeitraum 2014 bis Mitte 2021 im Rahmen einer Studie eine Betroffenenquote von 52 % (Klewes et al. 2022, 9) sowie in Hessen eine Betroffenenquote von 48 % der Amts- und Mandatstragenden ermittelt (Bannenberget al. 2021, 22), wobei jeweils Bedrohungen aller Art abgefragt wurden.

Die Zahlen dokumentieren einen in den vergangenen Jahren offensichtlich besorgniserregenden Anstieg von Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträger*innen, die im medial-politischen Raum mit einem hohen Bedrohungspotenzial für unser freiheitlich-demokratisches Gemeinwesen assoziiert werden (etwa: Landsberg 2021). Und es drängt sich die Frage auf, wie sich die weitere Entwicklung darstellen wird. Abgesehen von den themenbezogenen kriminalstatistischen Daten können wir bisher nur auf – in der Regel durch herausragende Ereignisse und polit-konjunkturelle Debatten stimulierte – Querschnitts- beziehungsweise Einmalbefragungen zurückgreifen, deren Vergleichbarkeit zudem in der Regel aufgrund differenter Stichproben und Erhebungsmodalitäten sowie abweichender Fragestellungen sehr eingeschränkt ist. Bisher mangelt es an einer systematischen Langzeitbetrachtung in Gestalt einer Längsschnittstudie, die das Phänomen der Anfeindungen gegenüber kommunalen Amts- und Mandatsträger*innen kontinuierlich erfasst und vergleichbare Informationen zu quantitativen sowie qualitativen Entwicklungen und Trends zulässt. Genau hier setzt das Vorhaben des Kommunalen Monitorings an: In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Städtetag, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund führt die Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus des Bundeskriminalamtes im Rahmen des Verbundprojekts MOTRA ein Kommunales Monitoring zu Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern durch. Dabei dient die kontinuierliche Befragung nicht einem wissenschaftlichen Selbstzweck, sondern soll, über die Ermöglichung der Entwicklung präventiver Handlungsstrategien hinausgehend, den Amtsträger*innen eine Plattform bieten, sich mitzuteilen und ihre Erfahrungen mit denen ihrer Kolleg*innen zu teilen. Konkrete Bedürfnisse sollen hierbei identifiziert und für Maßnahmen in den Kommunen sensibilisiert werden. Diese können sodann von Sicherheitsbehörden, Justiz und zivilgesellschaftlichen Träger*innen genutzt werden, um ein Mehr an Akzeptanz und Sicherheitsgefühl für die wichtige Arbeit der haupt- und ehrenamtlichen Amts- und Mandatspersonen zu schaffen.

Methodik und Aufbau

Um den verfolgten Zielstellungen gerecht zu werden, ist das MOTRA-KoMo als bundesweite längsschnittliche Studie angelegt, die im sechsmonatigen Turnus einer Frühjahrs- und Herbstbefragung subjektive Erlebnisse und Erfahrungen mit Hass, Hetze und/oder Gewalt von (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen im Rahmen ihrer haupt- und ehrenamtlichen Amtsausübung erhebt. Die fortlaufende fragebogengestützte Online-Erhebung orientiert sich entsprechend an zwei übergeordneten Fragestellungen: Was wurde wann, wie und wo (digital oder realweltlich) erlebt? Wie wurde mit dem Erlebten umgegangen und welche Folgen hatte dies? Die Entscheidung für einen Referenzraum und dafür, nur das Erlebte eines jeweils zurückliegenden halben Jahres abzufragen, beruht auf den für den hier im Fokus stehenden Forschungsgegenstand ebenfalls relevanten Forschungsstandards der psychodiagnostischen Forschung zu posttraumatischen Belastungsstörungen (vonderHeide 2021, 13 f.; Veesper 2020, 10 f.). Insofern wird das Ziel verfolgt, potenzielle Verzerrungen durch Erinnerungsschwierigkeiten in Verbindung mit in der Vergangenheit zurückliegenden (Negativ-)Erlebnissen sowie den kognitiven Aufwand für die Befragten zu minimieren. Zudem erlauben halbjährliche Befragungswellen ein aktuelleres Bild von der Dynamik der mit veränderten gesellschaftlichen Konfliktlagen und Ereignissen verknüpften Anfeindungen und Übergriffe auf Amtsträger*innen.

Verfahren der Datenerhebung

Bei der Datenerhebung im Rahmen der Ersterhebung „Herbstbefragung 2021“, die als umfassendere Basiserhebung mit erweiterten Fragestellungen im Vergleich zu den Folgebefragungen angelegt war, wurde aufgrund zeitlicher und finanzieller Ressourcen, einem Single-Mode-Design folgend, auf eine teilstandardisierte Onlinebefragung als Erhebungsmodus zurückgegriffen. Dabei wurde im Zeitraum von November 2021 bis Februar 2022 mittels des Umfragetools „LamaPoll“ die Onlinebefragung durchgeführt, die sich auf den Referenzzeitraum 01.05.2021 bis 31.10.2021 bezog. Zudem wurde mithilfe einer Filterfunktion in der Onlineumfrage nur das konkrete Erleben des zuletzt erfahrenen Ereignisses abgefragt, um mögliche verzerrende ‚Erinnerungslücken‘ so gering wie möglich zu halten. Der als Erhebungsinstrument eingesetzte Onlinefragebogen wurde in

Zusammenarbeit mit den drei kommunalen Spitzenverbänden konzipiert. Er umfasst drei zentrale Frageblöcke:

1. Nutzung sozialer Medien (beruflich) und Einschätzung des dort vorgefundenen Diskussionsklimas
2. Erfassung der im virtuellen und/oder realweltlichen Raum gemachten Erfahrungen zu Hass, Hetze und Übergriffen im Alltag der Amtsausübung, wobei drei unterschiedliche ‚Erlebniskategorien‘ abgefragt wurden:
 - (a) (non)verbale/schriftliche Anfeindungen – im ‚analogen‘ Raum erlebte Aussagen oder Gesten, die als Bedrohung, Beleidigung und/oder Herabsetzung gegenüber der eigenen Person oder einer Gruppe, der die Person angehört (etwa: Familie, Politiker*innen, Partei).
 - (b) tätliche Übergriffe – Handlungen physischer und/oder psychischer Gewalt im ‚analogen‘ Raum, die sich gegen die befragte Person und/oder deren Familie und/oder deren Eigentum richteten.
 - (c) Hasspostings – im Internet erlebte Anfeindungen analog Kategorie (a). Die Inhalte von Hasspostings können zum Beispiel extremistisch, rassistisch, sexistisch, antisemitisch, homophob oder gewaltverherrlichend sein.
3. demografische Standardangaben – Abfrage von Gemeindegröße, Geschlecht, Alter, Amtsbezeichnung, Funktion, parteipolitischer Zugehörigkeit und Bundesland

Sämtliche Fragen wurden dabei analog den forschungsethischen Standards der Wissenschaft (AAPOR 2021) auf einem Abstraktionsniveau gestellt, das die Anonymität der Befragten in jedem Fall zu wahren erlaubt.

Grundgesamtheit, Kontaktaufnahme und Stichprobe

Im Rahmen des Kommunalen Monitorings bilden alle Amts- und Mandatspersonen in der Bundesrepublik die Zielgruppe, wobei ein besonderes Augenmerk auf den ehren- und hauptamtlichen (Ober-) Bürgermeister*innen und Landrät*innen als hauptsächlichen Repräsentant*innen der kommunalen Ebene liegt. Als Grundgesamtheit werden die mehr als 11.000 Kommunen in Deutschland (294 Landkreise, 107 kreisfreie

Städte und mehr als 10.900 kreisangehörige Städte und Gemeinden) herangezogen, wobei kein bundesweites amtliches Verzeichnis aller Amts- und Mandatsträger*innen vorliegt (Bundeswahlleiter 2019).

Von einer konkreten Stichprobenziehung im Vorfeld wurde abgesehen, da kaum zuverlässige Informationen über erforderliche differenzierende Strukturdaten der hier relevanten Grundgesamtheit aller Amtspersonen in Funktion als (Ober-)Bürgermeister*in oder Landrät*in in der Bundesrepublik vorliegen und deshalb unser Monitoring in der (wohl wissend: nicht umsetzbaren) Intention einer Vollerhebung angelegt ist, um möglichst allen Amtsträger*innen der Zielgruppe die Möglichkeit einzuräumen, sich mitzuteilen. Daher wurde bei der Aufnahme des Kontakts mit der Zielgruppe auf die Kommunikationskanäle der kommunalen Spitzenverbände sowie auf öffentlich recherchierbare Kontaktdaten zurückgegriffen. Dabei wurden die Amtsträger*innen mittels eines Einladungsschreibens im November 2021 kontaktiert, welches sämtliche Informationen zur Studie, den Link zur Onlineumfrage sowie eine ausdrückliche Motivation von Personen zur Teilnahme enthielt, die bisher nicht von Anfeindungen betroffen sind, um Verzerrungen durch Selbstselektion zu minimieren und ein möglichst repräsentatives Bild des aktuellen ‚Anfeindungsgeschehens‘ zeichnen zu können.¹ Darauf folgte im Januar 2022 ein Erinnerungsschreiben. Die Umfrage wurde im Februar 2022 abgeschlossen. Es wurde eine auswertbare Nettostichprobe von bundesweit insgesamt 1.495 (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen generiert. Bei annäherungsweise 11.000 kontaktierten Personen entspricht dies einer Rücklaufquote von etwa 13,6 %, was in der zu erwartenden Spanne von 4 % bis 19 % Rücklauf für in Deutschland durchgeführte Onlinebefragungen (Couper/Coutts 2006, 233) liegt. Um eine Repräsentativität der Ergebnisse gewährleisten zu können, wurden die Daten nach Gemeindeanzahl pro Bundesland am Stichtag 31.12.2020 (Destatis 2021) gewichtet. Da verlässliche Daten zur soziodemografischen Struktur der Grundgesamtheit aller (Ober-)Bürgermeister*innen und Landrät*innen nicht verfügbar sind (Luckoschat/Belscher 2014, 15 f.), können wir uns zur Einschätzung der Repräsentativität der KoMo-Stichprobe lediglich an vorliegenden Studien orientieren. Ein Vergleich mit verfügbaren Daten zur

¹ Dass ein Risiko der Verzerrung beziehungsweise Überzeichnung gegeben ist, hat sich auch in unserer Erhebung abgebildet. Während die vor dem Erinnerungsschreiben erhobenen Fälle eine Betroffenquote von 48,2 % (n = 747) aufweisen, ergibt sich für die nach dem Erinnerungsschreiben erhobenen Fälle eine deutlich niedrigere Betroffenquote von 41,6 % (n = 748).

Gruppe der Amtsträger*innen aus einer Befragung im Auftrag der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2007 (Bertelsmann Stiftung et al. 2008) und einer Untersuchung der EAF Berlin (Lukoschat/Belscher 2014) lässt darauf schließen, dass die im Rahmen des KoMo erhobenen Daten im Großen und Ganzen dem bisher erschlossenen Verteilungsbild soziodemografischer Basisdaten (Geschlecht und Alter) zu entsprechen scheinen, wenngleich es einerseits im Verlaufe der zurückliegenden anderthalb Dekaden zu einem doch merklichen Anstieg (wenn auch weiterhin weit entfernt von einer Geschlechterparität) des Anteils weiblicher Personen sowie zu einer Erhöhung des Anteils jüngerer und älterer amtstragender Personen zu Lasten der Altersgruppe der 50- bis 59-Jährigen gekommen zu sein scheint (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

Soziodemografische Struktur der KoMo-Stichprobe im Spiegel vorgängiger Studien

	Stichprobe 2007 (n = 1.153) (Bertelsmann Stiftung et al. 2008)	Grundgesamtheit 2014 (Lukoschat/Belscher 2014)	Stichprobe 2022 (n = 1.495) (KoMo 2022)
	Geschlecht in %		
Männlich	94	91	82
Weiblich	6	9	18
Gesamt	100	100	100
	Alter in %		
Bis 39 Jahre	6	3–7	11
40–49 Jahre	23	23–30	23
50–59 Jahre	50	53–57	40
Ab 60 Jahre	20	10–17	26
Gesamt	100	100	100

Wie aus Tabelle 1 ersichtlich, unterscheidet sich die KoMo-Stichprobe jedoch nicht grundsätzlich von Vorgängerstudien hinsichtlich soziodemografischer Standarddaten. Dies deutet darauf hin, dass eine die Grundgesamtheit offenbar weitgehend repräsentativ abbildende Stichprobe erschlossen werden konnte, lassen sich doch für die Merkmale Geschlecht und Alter insgesamt ähnliche Größenverhältnisse in den einzelnen Kategorien feststellen: Sowohl in 2007 und 2014 als auch in 2022 dominieren deutlich das männliche Geschlecht sowie die Alterskategorie der 50- bis 59-Jährigen.

Verfahren der Datenanalyse

Im folgenden Ergebnisteil wurden zur Prüfung etwaiger Unterschiede und Zusammenhänge auf statistische Signifikanz die jeweils in den Fußnoten angegebenen Testverfahren angewandt. Wir unterscheiden hier zwischen den drei gängigen Signifikanzniveaus $*p < 0.05$, $**p < 0.01$ und $***p < 0.001$. Dies bedeutet, dass die vorgefundenen Unterschiede beziehungsweise Zusammenhänge mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % (*), 99 % (**) beziehungsweise 99,9 % (***) nicht zufällig zustande gekommen sind, sondern auf einen systematischen, belastbaren Befund hindeuten, was im Text jeweils mit den angefügten Sternchen (*) angezeigt ist. Auf die Aufnahme weiterer statistischer Maßzahlen wurde in der Absicht einer besseren Lesbarkeit verzichtet.

Zentrale Ergebnisse

Soziale Medien: zur Wahrnehmung des Diskussionsklimas im Netz

Soziale Medien sind mittlerweile ein gerade auch im kommunalpolitischen Raum offensichtlich breit genutztes Mittel der Kommunikation. Das spiegelt sich einerseits in entsprechenden politpraktischen Konzeptionen wider, wofür beispielhaft die These der „responsiven Demokratie“ zur stärkeren Bürgerbeteiligung und Legitimitätsgenerierung steht (Radtke/Saßmannshausen 2020), und findet andererseits Ausdruck in jüngerer einschlägiger praxisorientierter Fachliteratur (etwa: Haller 2021; Breyer-Mayländer 2018). So fügt sich, dass insgesamt 60 % der Befragten angaben, im Referenzzeitraum 1. Mai bis 31. Oktober 2021 bei der Ausübung ihrer politischen beziehungsweise beruflichen Tätigkeit aktiv soziale Medien genutzt zu haben. Dabei wird im Durchschnitt am häufigsten das Medium WhatsApp mehrmals wöchentlich genutzt, gefolgt von Facebook beziehungsweise Meta und Instagram, auf die mehrmals im Monat zurückgegriffen wird. Daraufhin folgen in absteigender Nutzungsintensität YouTube, Signal, Twitter, Telegram und Threema.

Wie Abbildung 1 anschaulich illustriert, treffen die Befragten in den sozialen Medien ein Diskussionsklima an, das sie in der Gesamtschau offenbar als

eher rau und verroht wahrnehmen – und zwar unabhängig davon, ob sie im zurückliegenden Halbjahr angefeindet wurden und ob es sich um Frauen oder Männer, jüngere oder ältere Personen und Hauptamt oder Ehrenamt handelt.

Diskussionsklima: Anfeindungen versus keine Anfeindungen

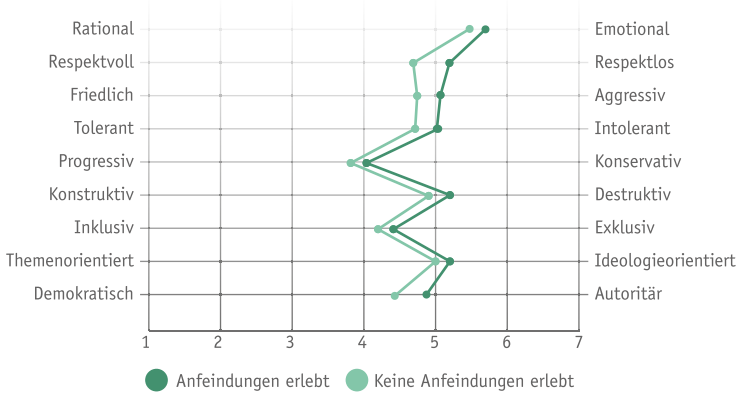


Abbildung 1: Einschätzung des Diskussionsklimas – Betroffene versus Nichtbetroffene

Um pointierte Vergleiche des Diskussionsklimas über Raum und Zeit zu ermöglichen, soll der sogenannte DIM-Score (Diskussionsklima-Index soziale Medien) eingeführt werden, welcher als Summenindex für das Diskussionsklima in den sozialen Medien auf einer Skala von 1 („überhaupt nicht verroht“) bis 7 („äußerst verroht“) für die Ersterhebung einen Mittelwert-Score von 4,85 aufweist. Dieser kann somit als eher stark verrohtes Diskussionsklima interpretiert werden.

Erfahrungen mit Hass, Hetze und Übergriffen

Insgesamt gaben 46 % der Befragten an, im vergangenen Halbjahr (1. Mai bis 31. Oktober 2021) Anfeindungen gegen ihre Person und/oder enge Familienangehörige erlebt zu haben. Dabei wurden 39 % ausschließlich persönlich Opfer von Anfeindungen, 6 % erlebten Anfeindungen gegen ihre Person sowie Familienangehörige und 1 % ausschließlich Anfeindungen gegen Familienangehörige. Somit hat mit 45 % knapp die Hälfte aller Befragten innerhalb von sechs Monaten direkte Anfeindungen gegen ihre eigene Person

erfahren, wovon 70 % auf verbale/schriftliche Anfeindungen, 26 % auf Hasspostings und 4 % auf tätliche Übergriffe entfielen. Mit insgesamt 74 % fand das Gros der Anfeindungen also im realweltlichen Raum statt, während mit 26 % sich gut jeder vierte Vorfall im virtuellen Raum des Internets ereignete. Hinsichtlich der Häufigkeit des Auftretens selbsterlebter Vorfälle gaben die Befragten an, im Durchschnitt ein- bis zweimal im Monat persönlich von verbalen/schriftlichen Anfeindungen und/oder Hassposting betroffen gewesen zu sein. Wenn tätliche Übergriffe im zurückliegenden Halbjahreszeitraum erlebt wurden, geschah dies im Durchschnitt einmal. Vor dem Hintergrund, dass vorherige repräsentative Studien mit einem abgefragten Referenzzeitraum von deutlich länger als sechs Monaten bis hin zur Lebenszeitprävalenz zu ähnlichen Ergebnissen kamen, scheint dies darauf hinzuweisen, dass in jüngerer Zeit das diskurspolitische Klima in den Kommunen rauer geworden ist, was sich in einem intensivierten Anfeindungsgeschehen gegenüber Amts- und Mandatspersonen konkretisiert.

Richten wir die Aufmerksamkeit auf den zuletzt erlebten Vorfall, so handelt es sich bei verbalen/schriftlichen Anfeindungen in den meisten Fällen um Beleidigungen (39 %), üble Nachrede/Verleumdung (31 %) und Bedrohung/Nötigung (12 %). Dahinter folgen mit jeweils 5 % Erfahrungen von Diskriminierung sowie sozialer Ausgrenzung. Für Hasspostings ergibt sich hier ein ähnliches Bild: Beleidigungen (38 %), üble Nachrede/Verleumdung (34 %) und Bedrohung/Nötigung (12 %) wurden hierbei am häufigsten erlebt, während Erfahrungen mit Diskriminierung (9 %) und Volksverhetzung (5 %) einen kleineren Teil ausmachen. Im Rahmen von tätlichen Übergriffen wurde zwischen körperlicher Gewalt und Gewalt gegen Gegenstände unterschieden. Dabei hat nahezu jede dritte Person (33 %), die tätliche Übergriffe erlebt hat, diese in Form von Bedrängen erfahren, jede vierte durch Schlagen/Treten (25 %) und Wegschubsen (24 %). Und in fast jedem zehnten Fall wurde der Angriff mit einem Gegenstand durchgeführt (9 %). Sachbeschädigungen wurden am häufigsten an Fahrzeugen (18 %) vorgenommen, dicht gefolgt von Beschädigungen des Wahlkampfstandes/von Plakaten (15 %), während mit jeweils 5 % Beschädigungen an privaten Wohnhäusern, der Geschäftsstelle der Partei sowie am Arbeitsplatz festgestellt wurden. Bei den erlebten Anfeindungen gegen enge Familienangehörige handelte es sich in den meisten Fällen um Beleidigungen, üble Nachrede/Verleumdungen und soziale Ausgrenzung, die überwiegend in den sozialen Netzwerken, bei Freizeitaktivitäten und zu Hause stattgefunden haben.

Die Antworten auf die Frage, wie mit den konkreten zuletzt erfahrenen Vorfällen umgegangen wurde, lassen drei Bewältigungs- beziehungsweise Handlungsstrategien erkennen: Nahezu jede dritte befragte Person (28 %) gibt an, den Vorfall zu ignorieren, was insbesondere auf verbale/schriftliche Anfeindungen (28 %) und Hasspostings (30 %) zutrifft. Gut ein Fünftel der Befragten geht aktiv-diskursiv mit dem Geschehen um, indem der direkte Dialog mit dem/der Täter*in (18 %) gesucht wird, während ein etwa ähnlich großer Anteil (16 %) sich an Parteifreund*innen/Kolleg*innen wendet. Auffällig ist hierbei unter anderem, dass vor allem Frauen* und jüngere Amtspersonen (< 50 Jahre)** signifikant häufiger um Unterstützung ersuchen als die entsprechende Vergleichsgruppe (Männer / > 51 Jahre).

Mehr als jeder zehnte Vorfall (14 %) wurde zur Anzeige gebracht (Anfeindungen 11 %, Hassposting 13 %, Übergriffe 27 %), wobei jüngere Amtstragende* dies signifikant häufiger getan haben. In den bereits abgeschlossenen Verfahren kam es in 3 % der Fälle zu einer Verurteilung (36 % keine Verurteilung), während bei 43 % das Verfahren noch aussteht und es bei 14 % zu keiner strafrechtlichen Verfolgung kam. Auffällig ist, dass der prozentuale Anteil der zur Anzeige gebrachten Vorfälle im Falle von Anfeindungen gegenüber engen Familienangehörigen (28 %) doppelt so hoch ist im Vergleich zu Anfeindungen gegenüber der eigenen Person. Offenbar ist in diesen Fällen für viele Amtsträger*innen eine Grenze überschritten, während Anfeindungen gegen die eigene Person anscheinend eher als „Teil des Jobs“ betrachtet und weniger aktiv verfolgt werden.

Die Antworten auf die Frage nach den vermuteten Anlässen für die zuletzt erfahrenen Anfeindungen ergeben folgendes Bild (Mehrfachnennungen waren möglich): In vier von zehn Fällen (40 %) gaben die Befragten an, aufgrund ihrer Rolle als öffentliche Person angefeindet worden zu sein, und in ein von zehn Fällen (11 %), aufgrund ihrer Rolle als Repräsentant*in der eigenen Partei. Jede*r Vierte (26 %) führte kommunalpolitische und allgemein politische Sachthemen (16 %) als vermutetes Motiv für das Anfeindungsgeschehen an. Konkrete identitätsstiftende Merkmale wie soziale Herkunft (3 %), Geschlechtszugehörigkeit (3 %), nationale Herkunft (2 %), Aussehen (2 %), Gesundheit (2 %), sexuelle Orientierung (1 %) oder Religionszugehörigkeit (1 %) im Kontext von vorurteilsgeleiteter Kriminalität folgen in absteigender Reihenfolge und spielen angesichts der vergleichsweise geringen Prozentwerte offenbar eine

eher untergeordnete Rolle. Weiteren Aufschluss über die mutmaßlichen Handlungsmotive eröffnet vor allem auch der Blick auf die zu dieser Frage getätigten Freitextfeldangaben: Es wird deutlich, dass ein Großteil der Anfeindungen (etwa 65 %) einen direkten Bezug zur Coronapandemie aufweist. Zusätzlich werden weitere, im Wesentlichen die Infrastruktur betreffende Themen wie Baumaßnahmen, Verkehr, Energiewende und Mobilfunkausbau genannt.

Als ein weiteres Indiz, dass die Coronapandemie offensichtlich mit intensivierte Anfeindungen gegenüber kommunalen Amtspersonen einherging, können die hinter den Anfeindungen vermuteten tatmotivierenden politischen und/oder religiösen Haltungen interpretiert werden. Jede vierte befragte Person (26 %) gab an, dass sie mutmaßlich aus „einer radikalen Position zu einem Thema/aus einer sozialen Bewegung heraus“ angefeindet worden sei. Auch hier lassen die ergänzenden Freitextangaben in der absoluten Mehrzahl der Fälle (70 %) einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Pandemiegeschehen offenkundig werden, indem konkret etwa von Anfeindungen aus dem Lager der „Impfgegner“ oder „Querdenkerszene“ berichtet wird. Der hier offenkundig werdende thematische Bezug zum Anfeindungsgeschehen mag kein Zufall sein, da kommunale Amtsträger*innen in den Medien und auch aufgrund ihrer Zuständigkeit als „wichtige Protagonisten der Pandemie-Bewältigung“ in Erscheinung treten (Habscheid/Vogel 2021, 526), womit sie gleichzeitig und unweigerlich wohl auch zur Zielscheibe entsprechender Anfeindungen wurden. Eine nicht unwesentliche Rolle scheinen auch Anfeindungen aus der „Reichsbürgerszene“ zu spielen, die auch häufiger in den abschließenden Bemerkungen am Ende des Fragebogens thematisiert wurden. Die von den Befragten wahrgenommenen Bezüge zur Querdenker- und Reichsbürgerszene können dahingehend auch auf die Corona-Protestbewegung hinweisen (vgl. hierzu auch: MOTRA 2022, 13 ff.). Hinter den wahrgenommenen Bezügen zur „Querdenker-/Reichsbürgerbewegung“ erscheint an zweiter Stelle mit 18 % eine ideologisch-weltanschaulich rechtsmotiviert Haltung als tatmotivierender Ausgangspunkt vermutet. Demgegenüber verorten nur sehr wenige Befragte die Tatmotivation in einem ‚linken‘ Spektrum (4 %), während immerhin 14 % der Befragten eine*n jeweilige*n parteipolitische*n Gegner*in hinter dem Vorfall vermuteten. Des Weiteren bewerten 19 % den zuletzt erlebten Vorfall als „sonstig motiviert“, wobei überwiegend „unzufriedene Bürger“ genannt wurden.

Abbildung 2 illustriert, dass erlebte Anfeindungen einen Einfluss auf das Bedrohungs- und insbesondere auch auf das Sicherheitsempfinden der Betroffenen haben. Sie gehen offensichtlich nicht spurlos an den Betroffenen vorbei, wobei mit den unterschiedlichen Anfeindungsarten offenbar deutlich unterschiedliche Grade von Betroffenheit einhergehen.

Einschätzung Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden

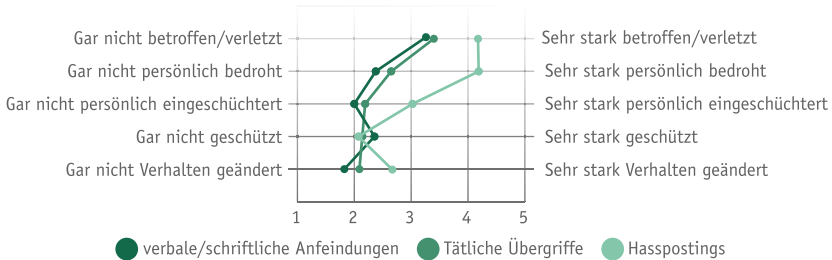


Abbildung 2: Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden nach Anfeindungskategorien

Im Durchschnitt haben sich Betroffene beim letzten Vorfall eher stark persönlich betroffen und verletzt gefühlt (Mittelwert: 3,6). Insbesondere wurden Übergriffe – auch aufgrund ihrer Tätlichkeit – als stark bedrohlich wahrgenommen, was zudem zu Verhaltensänderungen im Alltag geführt hat. Einen eher neutralen bis weniger starken Einfluss auf das persönliche Bedrohungs- und Einschüchterungsempfinden zeigt sich bei Anfeindungen und Hasspostings. Im Gegensatz dazu wird aber auch deutlich, dass sich Betroffene eher weniger von Justiz und Sicherheitsbehörden geschützt gefühlt haben (Mittelwert: 2,2). Um pointierte Vergleiche des Bedrohungs- und Sicherheitsempfindens zwischen Gruppen und über einen längeren Zeitraum hinweg zu ermöglichen, soll der sogenannte BAM-Score (Betroffenheitsindex Anfeindungen im Mandatsalltag) eingeführt werden, welcher als Summenindex für das Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden für die Ersterhebung insgesamt einen Mittelwert-Score von 2,6 auf einer Skala von 1 („überhaupt nicht bedroht/sehr sicher“) bis 5 („sehr stark bedroht/überhaupt nicht sicher“) aufweist. Demnach bewegt sich das Bedrohungs- und Sicherheitsempfinden aktuell im mittleren Bereich. Für die einzelnen Anfeindungskategorien weist der BAM-Score für verbale/schriftliche Anfeindungen einen Wert von 2,4, für Hasspostings einen Wert von 2,5 sowie für tätliche Übergriffe einen erwartbar deutlich höheren Wert von 3,2 auf.

Ganz offensichtlich sind die erlebten Vorfälle nicht folgenlos, werden doch von den Betroffenen umfängliche konkrete psychische und physische Folgen berichtet. Ein Großteil (81 %) der Anfeindungsopfer gibt an, unter Folgen der erlebten Anfeindung, wie depressiven Verstimmungen (zum Beispiel Antriebslosigkeit, Abgeschlagenheit; 11 %), Angst und Unruhe (7 %) sowie Konzentrationsschwierigkeiten (5 %), zu leiden. Insbesondere gab gut jede siebte betroffene Person (14 %) an, durch die Anfeindungen eine Rufschädigung davongetragen zu haben. Dies führt konkret einerseits dazu, dass Meinungsäußerungen in Teilen nicht wie vorher getätigt werden, was von 8 % der Befragten angegeben wurde. Und andererseits berichten jeweils 7 % der Betroffenen, eine Mandatsniederlegung erwogen zu haben oder in Betracht zu ziehen, nicht erneut zu kandidieren (7 %). Zudem weisen diejenigen Personen, die Folgen aufgrund der Anfeindungen davongetragen haben, einen signifikant höheren BAM-Wert auf im Vergleich zur Gruppe derer, die keine Folgen davongetragen haben (Mittelwerte: 1,8-1,1***).

Praktische Implikationen für unterschiedliche Opfergruppen

Um evidenzbasiert und zielgerichtet präventive Handlungsstrategien zu entwickeln, ist vor allem auch der Frage nachzugehen, ob sich unterschiedliche Opfergruppen beziehungsweise Profile von angefeindeten Amtspersonen ausmachen lassen. Die Analysen zur naheliegenden Frage nach genderspezifischen Unterschieden lässt zunächst offenkundig werden, dass Frauen und Männer gleichermaßen zur Zielscheibe, zur Projektionsfläche von Anfeindungen werden (43 %-45 %). Bei genauerem Hinsehen fällt jedoch auf, dass Frauen verglichen mit Männern leicht häufiger von Hasspostings betroffen sind und signifikant mehr Familienangehörige weiblicher Amtsträgerinnen angefeindet worden zu sein scheinen als die ihrer männlichen Kollegen (11 %* -7 %). Welche Ursachen das haben könnte, wird im weiteren Verlauf des Monitorings untersucht werden.

Auffällig ist ferner eine signifikant höhere Betroffenheit von hauptamtlich gegenüber ehrenamtlich tätigen Amtstragenden (57 %-33 %***). Dies scheint eine Entsprechung darin zu finden, dass ebenso ein Stadt-Land-Gefälle zu beobachten ist: Amtsträger*innen aus kleineren Kommunen mit bis zu 20.000 Einwohnern sind signifikant weniger betroffen als Bürgermeister*innen größerer Kommunen mit über 20.000 Einwohnern (43 %-52 %**). Die Analyse möglicher regionaler Unterschiede

hinsichtlich des Betroffenheitsgrades offenbart ein deutliches Ost-West-Gefälle: In den Gemeinden östlicher Bundesländer sind signifikant häufiger Bürgermeister*innen anzutreffen, die Hass, Hetze und Gewalt erlebt haben, als in Gemeinden westlicher Bundesländer (51 %–43 %**). Bei näherem Hinsehen wird gar eher ein Süd-Ost-West-Gefälle erkennbar, insofern bei Betrachtung der östlichen Bundesländer zuzüglich Bayern und Baden-Württemberg gegenüber den verbleibenden westlichen Bundesländern eine noch stärker signifikante Differenz des Betroffenheitsgrades offensichtlich wird (51 %–38 %***). Deutliche Unterschiede der Betroffenheit zeigen sich auch hinsichtlich einer Parteizugehörigkeit: Amtsträger*innen mit einer Parteizugehörigkeit sind signifikant stärker betroffen als parteipolitisch unabhängige beziehungsweise parteilose Kandidat*innen (48 %–39 %**). Zudem lassen sich auch deutliche Unterschiede hinsichtlich des Alters feststellen: Jüngere Amtspersonen bis 50 Jahre sind signifikant häufiger betroffen als die Vergleichsgruppe der über 51-Jährigen (55 %–39 %***). Des Weiteren wurden Mediennutzer*innen im Kontext sozialer Medien signifikant häufiger angefeindet als Nichtmediennutzer*innen (52 %–33 %***). Dieser ersten Identifikation von unterschiedlichen Opfergruppen und regionalspezifischen Unterschieden wird im weiteren Verlauf des Monitorings nachzugehen sein. So viel lässt sich bereits jetzt sagen: Die bisherigen Analysen lassen die Notwendigkeit der Entwicklung von gruppen- und regionalspezifischen Präventionsstrategien offenkundig werden – eine One-size-fits-all-Strategie und ein dem Gießkannenprinzip folgender Einsatz präventiver Ressourcen scheint weniger angemessen.

Fazit und Ausblick

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass sich angesichts der jüngeren gesellschaftlichen Entwicklungen – auch unter dem Eindruck der Coronapandemie – Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträger*innen intensiviert zu haben scheinen: Während im Rahmen der im April 2021 durchgeführten Onlinebefragung von forsa insgesamt 57 % der bundesweit befragten Bürgermeister*innen angaben, innerhalb ihrer gesamten bisherigen Laufbahn schon einmal von Hass, Hetze und Gewalt betroffen gewesen zu sein, so erscheint der im Rahmen des KoMo ermittelte entsprechende Anteil von 46 % bezogen lediglich auf das letzte halbe Jahr (1. Mai bis 31. Oktober 2021) vergleichsweise höher. Der Frage, inwieweit das aktuell hohe Ausmaß

an Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Kommunalpolitiker*innen als eine Begleiterscheinung im Kontext der Coronapandemie zu werten ist, ist im weiteren Monitoringverlauf nachzugehen.

Des Weiteren soll, ausgehend von den Ergebnissen dieser Basiserhebung und über die folgenden Erhebungswellen, ein besseres Verständnis für das Phänomen der Anfeindungen auf kommunalpolitischer Ebene generiert werden, um auf diese Weise in Zusammenarbeit mit staatlichen sowie zivilgesellschaftlichen Akteur*innen einen Beitrag zur Förderung des kommunalpolitischen Miteinanders zu leisten. Demnach berichtete für den Zeitraum von Mai bis Oktober 2021 knapp jede zweite Person von Anfeindungen gegen die eigene Person und/oder Familienangehörige. Ein Zeitraum, der seitens der Amtsträger*innen mehrheitlich durch aktive Nutzung sozialer Medien zur Amtsausübung sowie ein als eher stark verroht empfundenes Diskussionsklima geprägt ist. Insgesamt betrachtet haben die Anfeindungen und Übergriffe laut Einschätzung der Betroffenen weniger aufgrund persönlicher Merkmale, sondern vielmehr aufgrund ihrer Rolle als öffentliche Person stattgefunden. Etwa jeder zehnte zuletzt erlebte Vorfall bezog sich auf die eigene Familie/Angehörige. Offensichtlich stellt sich die Bedrohungslage der engen Familienangehörigen als besonders belastend dar, was sich im

Wenn die Entwicklung so weitergeht, werden sich keine geeigneten Kandidatinnen und Kandidaten für das Amt mehr finden, mit unmittelbaren (negativen) Auswirkungen auf die Entwicklung unseres Landes.

Ich habe meine Aktivitäten in den sozialen Netzwerken im Juni 2021 eingestellt, da ein sachlicher Austausch in diesen Foren nicht möglich ist.

Eine Verrohung der Sprache und des Umgangs hat in den letzten 10 Jahren deutlich zugenommen.

Antworten befragter Personen

Es ist in den letzten Jahren ein enormer Druck auf das Amt entstanden. Die Schamgrenze ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Ich kenne das aus meinen Anfangsjahren nicht.

Vergleich zu erlebten Anfeindungen gegenüber der eigenen Person in einer deutlich höheren Anzeigebereitschaft ausdrückt (28 % gegenüber 14 %). Dies wiederum zieht Konsequenzen hinsichtlich des Bedrohungs- und Sicherheitsgefühls der Befragten mit sich, die sich offenbar weniger durch Sicherheitsbehörden/Justiz geschützt fühlen. Hier könnten öffentliche Aufklärungskampagnen im Bereich der politischen Bildung sowie gezielte Unterstützung und Präventionsarbeit durch zivilgesellschaftliche Akteur*innen hilfreich sein, um so ein Mehr an Akzeptanz und Wertschätzung sowie ein besseres Sicherheitsgefühl für die Betroffenen zu generieren. In diesem Kontext zeigen die Daten zum Anzeigeverhalten beziehungsweise zur Strafverfolgung, dass auch hier großer Handlungsbedarf zu bestehen scheint. Viele Vorfälle werden nicht angezeigt oder Verfahren werden eingestellt. Hierbei könnte eine konsequentere Durchsetzung bereits bestehender strafrechtlicher Handlungsmöglichkeiten einen effektiven Handlungsansatz darstellen.

Die im Rahmen der ersten Erhebungswelle des MOTRA-KoMo gemachten Beobachtungen zu einem wahrgenommenen rauerem Umgangston in Verbindung mit einem konkreten Erleben von Anfeindungen lassen (potenziell zunehmende) negative Folgen auf die haupt- und ehrenamtliche Arbeit in den Kommunen offenkundig werden. Dies ist insofern bedenklich, als auf der kommunalpolitischen Ebene Politik in ihrer Umsetzung für die Bürger*innen unmittelbar in ihrem Alltag, im Erscheinungsbild ihrer Gemeinden greifbar und erlebbar wird. Kommunalpolitik lebt ganz wesentlich von der räumlichen Nähe zu den Wähler*innen und Bürger*innen und bildet so ein zentrales Scharnier der Interessensvermittlung zur landes- beziehungsweise bundespolitischen Ebene. In der Kommunalpolitik wird damit Demokratie unmittelbar ge- und erlebt. Insofern weisen die offensichtlich intensivierten Störungen im kommunalpolitischen Miteinander in Gestalt von Hass, Hetze und Gewalt ein demokratiegefährdendes Potenzial auf – dies bleibt zu beobachten. Und genau das ist das zentrale Anliegen des MOTRA-KoMo: Ein kommunales Monitoring zu etablieren, das nachzeichnet, inwieweit und mit welchen regionalräumlichen Besonderheiten sich das gesamtgesellschaftliche Radikalisierungs-geschehen auf den kommunalen Raum auswirkt – hier festgemacht am Amtsalltag der zentralen Repräsentant*innen unserer Gemeinden und Kommunen. Ein bundesweit beobachtbares Mehr oder Weniger von Hass, Hetze und Gewalt gegenüber den Repräsentant*innen der Kommunen, in denen wir leben, ist ein zentraler Indikator für ein friedvolles und konfliktfreies gesellschaftliches Miteinander.

Literatur

- AAPOR (2021). *AAPOR Code of Professional Ethics and Practices*. Abrufbar unter: https://www.aapor.org/getattachment/Standards-Ethics/AAPOR-Code-of-Ethics/AAPOR-2020-Code_FINAL_APPROVED.pdf.aspx [20.05.2022].
- Bannenberg, B., Pfeiffer, T. & Erb, D. (2021). *Gewalt gegen Bürgermeister in Hessen*. Abrufbar unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auf-lage1.pdf [20.05.2022].
- Bertelsmann Stiftung, Deutscher Städtetag & Deutscher Städte- und Gemeindebund (2008). *Beruf Bürgermeister/in. Eine Bestandsaufnahme für Deutschland*. Abrufbar unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Presse/imported/downloads/xcms_bst_dms_23926_23927_2.pdf [20.05.2022].
- BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2020). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2019 – Bundesweite Fallzahlen*. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf;jsessionid=B48274D5BE63C26B8105D40BC35DA65F.1_cid287?__blob=publicationFile&v=11 [19.05.2022].
- BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2021). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 – Bundesweite Fallzahlen*. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf;jsessionid=EE0EE4BD35713F5C104CBDB491BB2685.1_cid287?__blob=publicationFile&v=4 [19.05.2022].
- BMI – Bundesministerium des Inneren und für Heimat (2022). *Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2021 – Bundesweite Fallzahlen*. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/nachrichten/2022/pmk2021-factsheets.pdf?__blob=publicationFile&v=1 [19.05.2022].
- Breyer-Mayländer, T. (2018). *Marketing für Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik: Kommunikations- und Partizipationsstrategien für das Gemeinwohl vor Ort*. Wiesbaden. Springer.
- Couper, M. P. & Couatts, E. (2006). *Online-Befragung. Probleme und Chancen verschiedener Arten von Online-Erhebungen*, in: Diekmann, A. (Hrsg.). *Methoden der Sozialforschung*, VS-Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, 217-243. Abrufbar unter: https://kzfss.uni-koeln.de/sites/kzfss/pdf/SH_44-2004.pdf [20.05.2022].
- Der Bundeswahlleiter (2019). *Europawahl 2019. Kreise und kreisfreie Städte*. Abrufbar unter: <https://www.bundeswahlleiter.de/europawahlen/2019/kreise.html> [20.05.2022].
- Destatis – Statistisches Bundesamt (2021). *Gemeinden nach Bundesländern und Einwohnergrößenklassen am 31.12.2020*. Aufrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Regionales/Gemeindeverzeichnis/Administrativ/08-gemeinden-einwohner-groessen.xlsx?__blob=publicationFile [20.05.2022].
- Dienel, H.-L., Reim, D., Schmithals, J. & Walk, H. (2008). *Partizipative Kommune. Kooperationsnetzwerke und bürgerschaftliches Engagement als Erfolgsfaktoren für ostdeutsche Kommunen*. Abrufbar unter: https://www.partizipative-kommune.de/pdf/Abschlussbericht_Partizipative+Kommune.pdf [20.05.2022].
- Erhardt, C. (2021). *KOMMUNAL EXKLUSIV. Attacken auf Kommunalpolitiker in der Corona-Pandemie weiter gestiegen*, in: KOMMUNAL. Abrufbar unter: <https://kommunal.de/attacken-kommunalpolitiker-corona> [19.05.2022].

forsa Politik- und Sozialforschung GmbH (2021). *Hass und Gewalt gegen Kommunalpolitiker/innen. Einschätzungen und Erfahrungen von Bürgermeister/innen in Deutschland*. Abrufbar unter: https://www.stark-im-amt.de/fileadmin/user_upload/Startseite/Umfrage_Hass_und_Gewalt_gegen_Kommunalpolitiker.pdf [19.05.2022].

Habscheid, S. & Vogel, f. (2021). *Eine Krise in der Krise: Corona-Krisenkommunikation von Bürgermeister*innen in Deutschland*, in: Zeitschrift für Literaturwissenschaft und Linguistik, 51(3), 505-528.

Haller, A. (2021). *Social Media für Kommunalpolitiker*. Wiesbaden. Springer Gabler.

Klewes, J., Rauh, C., Wazinski, C., Bäcker, N.-K. & Change Centre Consulting GmbH (2022). *Ergebnisbericht zur Studie. Präventive Strategien zum Schutz von kommunalen Amts- und Mandatspersonen vor Einschüchterung, Hetze und Gewalt*, im Auftrag von: Ministerium des Inneren und für Kommunales des Landes Brandenburg (MIK). Abrufbar unter: https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Kommunalstudie%20BB_finale_Fassung_Auflage1.pdf [20.05.2022].

Landsberg, G. (2021). *Beschimpfungen, Bedrohungen, Angriffe auf Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker als Gefahr für die Demokratie und den Rechtsstaat*, in: Schmoeckel, M. (Hrsg.). Das Bonner juristische Forum, Baden-Baden, 43-56.

Lukoschat, H. & Belscher, J. (2014). *Frauen führen Kommunen. Eine Untersuchung zu Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern in Ost und West*. EAF Berlin.

MOTRA (2022). *Radikalisierungsphänomene im Schatten der Corona-Pandemie. Themenspezifische Synopse aktueller MOTRA-Befunde. MOTRA-Arbeitspapier – Analyseworkshop März 2022*. Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus im Bundeskriminalamt, Wiesbaden.

Radtke, J. & Saßmannshausen, S. M. (2020). *Auf dem Weg zur responsiven Demokratie? Online-Öffentlichkeitsbeteiligung in der Stadtentwicklung als aktiver Link zwischen Kommunalpolitik und Bevölkerung*, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30(2), 329-358.

Veeser, J. (2020). *Prävalenz und Risikofaktoren der Posttraumatischen Belastungsstörung bei minderjährigen Flüchtlingen in einer ambulanten Versorgungseinrichtung in Deutschland*. Abrufbar unter: <https://ediss2.sub.uni-hamburg.de/bitstream/ediss/8458/1/Dissertation.pdf> [20.05.2022].

Von der Heide, M. (2021). *Posttraumatische Belastungsstörung im Berufsfeld von Notärzten und Feuerwehrleuten*. Abrufbar unter: <https://opus4.kobv.de/opus4-fau/files/15824/ManuelvonderHeideDiss.pdf> [20.05.2022].